



## Auszug aus dem substanziellen Protokoll 93. Ratssitzung vom 17. April 2024

### 3114. 2023/205

#### **Motion von Islam Alijaj (SP) und Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) vom 19.04.2023: Rahmenkredit zur Unterstützung von Massnahmen für die barrierefreie Zugäng- lichkeit von Dienstleistungen und Veranstaltungen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, die Motion entgegenzunehmen.

**Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne)** begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 1736/2023): *Hat jemand von Ihnen bereits einen barrierefreien Anlass organisiert? Hierbei stellen sich viel Fragen: Ist der Raum mit Rollstuhl zugänglich? Braucht es Gebärdendolmetscher\*innen und wo sind diese zu finden? Wie ist das WC ausgestaltet? Braucht der Anlass eine Webseite in einfacher Sprache? Brauche ich unter Umständen eine externe Beratung, um den Anlass barrierefrei zu organisieren und können wir uns das überhaupt leisten? Das Organisieren eines barrierefreien Anlasses benötigt viel Wissen sowie zeitliche und finanzielle Ressourcen. Denn Behinderungen sind vielfältig, weswegen viele Massnahmen zu treffen sind. Barrierefreiheit sollte ein Recht für alle sein. Neben Menschen mit Behinderungen profitieren auch Menschen mit Einschränkungen von der Barrierefreiheit, zum Beispiel aufgrund ihres fortgeschrittenen Alters. Es kann nicht sein, dass Menschen mit Behinderung aus dem öffentlichen und sozialen Leben ausgeschlossen werden, weil es Veranstalter\*innen an Ressourcen fehlt, um ihre Anlässe zugänglich zu gestalten. Freizeit, Bildung, Austausch, etc. sollen auch für Menschen mit Behinderung möglich sein. Um mehr Barrierefreiheit zu ermöglichen, ist die geforderte Finanzhilfe im Sinne eines Inklusionsfonds wichtig. Damit könnte die Durchführung von barrierefreien Veranstaltungen von Organisationen mit Sitz in der Stadt unterstützt werden. Barrierefreie Veranstaltungen sind vor allem für Dienstleistungen und Veranstaltungen von Organisator\*innen mit begrenzten finanziellen Mitteln und ohne Gewinnorientierung schwierig zu realisieren. Für diese wäre eine Finanzhilfe wichtig. Die Gesuche sollten sorgfältig und zielgerichtet geprüft werden. Die Mittel können für die Beratung und Durchführung konkreter Massnahmen verwendet werden. Dadurch kann die Behindertenrechtskonvention der UNO, die unter anderem den Abbau von Hindernissen fordert, in der Stadt weiter umgesetzt werden. Zudem wird die Stadt inklusiver und wir alle profitieren. Für das Einbringen seiner Expertise danke ich Islam Alijaj (SP), der nun im Nationalrat wirkt.*

**Stefan Urech (SVP)** begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 21. Juni 2023 gestellten Ablehnungsantrag: *Islam Alijaj (SP) arbeitet nun*



2 / 4

*dort, wo ein solches Postulat angesiedelt sein sollte: auf nationaler Ebene. Es ist nicht nachvollziehbar, warum die Stadt vorpreschen und Veranstaltungen anders behandeln sollte als ausserhalb der Stadtgrenzen. Es gibt das Behindertengleichstellungsgesetz. Dort sollte Islam Alijaj (SP) aktiv werden, auch wenn die Ziele des Vorstosses erstrebenswert sind.*

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

**STP Corine Mauch:** *Die Schweiz hat die Behindertenrechtskonvention der UNO im Jahr 2014 ratifiziert. Damit haben wir uns verpflichtet, die rechtliche und tatsächliche Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen voranzutreiben. Die Bundesverfassung sowie das kantonale Recht orientieren sich an dieser Verpflichtung. Zum Beispiel gilt für alle staatlichen Stellen ein Diskriminierungsverbot. In der Stadt wird dieser Auftrag massgeblich von den Beauftragten für Menschen mit Behinderung (BGMB) umgesetzt. Sie sind die fachliche Anlaufstelle für die Verwaltung und Bevölkerung. Die Beauftragten koordinieren insbesondere alle Massnahmen der Stadt zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen. Diese sind in einem Massnahmenplan festgehalten, der als Grundlage für deren Umsetzung und Überprüfung dient. Der erste Massnahmenplan zur Förderung der Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen in der Stadt ist abgeschlossen. Der Schlussbericht wurde vom Stadtrat zur Kenntnis genommen. Gleichzeitig erteilte der Stadtrat der BGMB den Auftrag, einen nächsten Massnahmenplan auszuarbeiten. Denn es gibt im Bereich der tatsächlichen Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen immer noch viel zu tun. Dank der Unterstützung des Gemeinderats konnten die Ressourcen der BGMB im Rahmen der Budgetdebatte 2022 erhöht werden. Die Motion fordert einen Rahmenkredit, aus dem Massnahmen für die barrierefreie Zugänglichkeit von Dienstleistungen und Veranstaltungen finanziell unterstützt werden können. Dabei sollen nicht-gewinnorientierte Institutionen im Vordergrund stehen. Andere Organisationen werden nicht per se ausgeschlossen. Die Motion hat einen Zeithorizont von drei bis vier Jahren. Der Stadtrat teilt das Anliegen der Motionär\*innen. Ein Rahmenkredit kann uns dem Ziel einer barrierefreien Stadt näherbringen. Bei der Umsetzung der Motion wird es operative Fragen zu klären geben, der Motionstext lässt aber den nötigen Spielraum.*

Weitere Wortmeldungen:

**Tamara Bosshardt (SP):** *Die Schweiz hat die Behindertenrechtskonvention der UNO im Jahr 2014 ratifiziert. Darin steht, dass Menschen mit Behinderung vollen Zugang zum sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben haben sollen. Erst wenn dies sichergestellt ist, können auch Menschen mit Behinderung alle Menschenrechte und Grundrechte in Anspruch nehmen. Es geht hier also nicht um Sonderrechte für Menschen mit Behinderung. Ziel ist, dass Menschen mit Behinderung ihre Rechte gleich ausüben können wie Menschen ohne Behinderung. Die Behindertenrechtskonvention formuliert Zielvorgaben für die Staaten, ohne zu sagen, wie diese zu erreichen sind. Die Staaten müssen die Verpflichtungen sukzessive in der nationalen Gesetzgebung und auf allen Ebenen um-*



setzen. Natürlich sollen sich Veranstalter auch selbst um einen barrierefreien Zugang bemühen. Oft ist dieser mit zusätzlichen finanziellen Aufwänden verbunden. Insbesondere im Kulturbereich sind die Finanzen oft knapp. Deswegen unterstützt die Stadt verschiedene kulturelle Institutionen regelmässig mit Subventionen. Wir sind also auf der richtigen politischen Ebene. Unser Einsatz erzielt Wirkung. Die Motion fordert primär die Unterstützung von Organisationen und Privatpersonen, die nicht gewinnorientiert sind und sich barrierefreie Massnahmen selbst nicht leisten können. Der Zugang zu Dienstleistungen und Kultur soll kein exklusives Luxusgut sein, sondern allen offenstehen.

**Christine Huber (GLP):** Wir unterstützen die Motion. Offensichtlich wird die Barrierefreiheit von der Privatwirtschaft nicht ausreichend gefördert, auch wenn in einigen Fällen ausreichende Mittel zur Verfügung stehen.

**Sabine Koch (FDP):** Jeder, der schon einmal eine barrierefreie Veranstaltung organisiert hat, weiss, dass es ein schwieriges Unterfangen ist. Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) erwähnte, dass Barrierefreiheit sowohl für Menschen mit Behinderungen als auch für Menschen mit Einschränkungen von Vorteil ist. Stefan Urech (SVP) sprach mit der nationalen Ebene den eigentlich richtigen Ort dieses Vorstosses an. Es handelt sich aber um einen zeitlich begrenzten Rahmenkredit und eine umsichtige und gezielte Umsetzung muss gewährleistet sein. Folglich unterstützt die FDP den Rahmenkredit.

**Moritz Bögli (AL):** Die AL unterstützt diese Motion. Irritiert bin ich über das Votum der SVP, wonach sie zwar solche Anliegen unterstütze, aber die kommunale Ebene für den falschen Ort halte. Denn auf kantonaler wie nationaler Ebene verhinderte die SVP schon diverse solcher Vorstösse und wird dies weiterhin tun. Folglich sind wir gezwungen, entsprechende kommunale Strukturen zu schaffen. Seien sie ehrlich in ihrer Begründung.

**Roger Föhn (EVP):** Die Die Mitte/EVP-Fraktion stimmt dem Rahmenkredit zu.

**Stefan Urech (SVP):** Ich kenne den Vorstoss auf nationaler Ebene noch nicht. Ich habe auch nicht mitverfolgt, was die Bürgerlichen zu diesem Thema im Nationalrat sagten. Auf kommunaler Ebene kann man immer mehr machen, egal für welche Opfergruppe. Aber es braucht in diesem Rat auch einen Pol, der die Akkumulation des Mehrmachens im Auge behält. Denn ab einem gewissen Punkt geht die Rechnung nicht mehr auf.

Die Motion wird mit 106 gegen 7 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat



4 / 4

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat